Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 85 (1991)

Heft: 9

Artikel: Dossier : für eine Weltordnung der Gerechtigkeit : nichts Neues an der "neuen Weltordnung"

Autor: Berger, Roman

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143637

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Für eine Weltordnung der Gerechtigkeit

Die in diesem Dossier vereinigten Texte sind Diskussionsgrundlage für unsere öffentliche Veranstaltung am 21. September 1991 im Zürcher Volkshaus. Wie schon im Vorjahr möchten wir durch die Vorveröffentlichung der Statements unserer Podiums-Gäste den übrigen TeilnehmerInnen die Vorbereitung auf das gewählte Thema erleichtern.

Nach dem Krieg am Golf propagiert die US-Regierung eine «Weltordnung», die sie zwar als «neue» bezeichnet, hinter der sich jedoch der alte Imperialismus der kapitalistischen Supermacht verbirgt. Neu ist, dass es nur noch diese Supermacht gibt, was ihren Imperialismus tatsächlich in seinem «höchsten Stadium» erscheinen lässt. Roman Berger, Ausland-Redaktor am «Tages-Anzeiger», langjähriger Washingtoner Korrespondent dieses Blattes und demnächst Berichterstatter aus Moskau, analysiert die «neue Weltordnung» vor dem Hintergrund amerikanischer Geschichte und Ideologie. Dorothea Rüesch, Mitarbeiterin bei der Erklärung von Bern, fragt nach Alternativen zu dieser «Weltordnung», die nicht selbst wieder als (repressive) «Ordnungs»-Entwürfe daherkämen, sondern Freiräume für autochthone Enwicklungen ermöglichten. Auch Menja Tomas von der Arbeitsgemeinschaft «Dialog Israel-Palästina» sieht in der «neuen Weltordnung» nur den Versuch zur Festigung des Status quo im Nahen Osten. Von Franz Schüle, der seit zehn Jahren beim HEKS für die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zuständig ist, wollten wir wissen, wie diese die «neue Weltordnung» erfahren. Unser Freund warnt vor voreiligen Schlüssen, gar Rezepten, da die westeuropäische Linke zuerst einmal ihre Fehleinschätzungen des «real existierenden Sozialismus» verarbeiten müsste, bevor sie einen redlichen Dialog mit Osteuropa aufnehmen könnte. Regula Renschler, die neue Zentralsekretärin der schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe, äussert sich zur «neuen Weltordnung» aus der Sicht der Frauen. In Nord und Süd, Ost und West müssen sie sich, um in Würde zu überleben, mit List und Power ihre Freiräume erkämpfen, und sei es in der «Schattenwirtschaft».

Red.

Nichts Neues an der «neuen Weltordnung»

Auf dem bekanntesten Symbol amerikanischer Macht und Vorherrschaft, der Dollar-Note, wird es der Welt schon seit Menschengedenken kundgetan: Neben dem amerikanischen Adler, dem Sinnbild von Überlegenheit, steht eine Pyramide, an deren Fundament in lateinischer Sprache «die neue Ordnung der Jahrhunderte» angekündigt wird. Und über den beiden Sinnbildern heisst es auf dem grünen Geldschein: «In God we trust».

Ein Krieg zum richtigen Zeitpunkt

Was die Welt von der US-Regierung seit dem Golf-Krieg vom Beginn einer «neuen Weltordnung» zu hören bekommt, ist aus amerikanischem Selbstverständnis nichts Neues. Seit ihrer Befreiung vom korrupten feudalistischen Europa im 18. Jahrhundert verstehen sich die Amerikaner als Beginn einer neuen Gesellschaft, als ein «von Gott auserwähltes Volk», das deshalb auch immer wieder berufen ist, ordnend ins Weltgeschehen einzugreifen. Das war so im Kampf gegen die Hitlerdiktatur. Und ganz besonders in den vergangenen 40 Jahren, als es galt, die *Gefahr des Kommunismus einzudämmen,* eine Mission, die in der Aussen- und Innenpolitik der USA als Ordnungsprinzip und als Konsensbildung eine dominierende Rolle gespielt hat. Der Zusammenbruch des Eisernen Vorhanges und das Verschwinden der sowjetischen Gefahr wurden deshalb von der politischen Elite der USA auch als Verlust empfunden. Die USA hat-

ten ihren wichtigsten Feind verloren, sie waren nicht mehr als Retter gefragt, und eine Ersatzbedrohung mit entsprechender konsensbildender Kraft war nicht in Sicht.

Ideologisch konnten sich die USA wohl zum Sieger erklären. Wirtschaftlich obenauf geschwungen hatten jedoch die ehemaligen Verlierer des Zweiten Weltkrieges und heutigen ökonomischen Rivalen der USA: *Japan und Deutschland.* Mit einem kostspieligen, nun plötzlich scheinbar zum Schrotthaufen bestimmten Rüstungspotential, mit leeren Kassen und schrumpfenden Märkten fühlten sich die USA betrogen. «Eine neue Balance of Power entsteht... Amerikas Vorherrschaft ist beendet», kommentierte die «New York Times» nach dem Weltwirtschaftsgipfel von Houston (Juli 1990) und gesellte sich zu jenen Stimmen, welche die USA als absteigende Weltmacht beurteilten.

Mitten in diese Katerstimmung fiel der *Golfkrieg*. Nach einer mehr als zehnjährigen Periode der Hochrüstung kam dieser Konflikt für die USA zum richtigen Zeitpunkt. Gleichzeitig präsentierte er der US-Öffentlichkeit das bestmögliche Feindbild: Mit Saddam Hussein als «neuem Hitler» (Bush) konnten Erinnerungen an die glorreiche Retterrolle der USA im Zweiten Weltkrieg geweckt werden. Und mit Irak erhielten die USA die Möglichkeit, unmittelbar nach dem Kalten Krieg einem ehemaligen Klientenstaat der Sowjetunion eine demütigende Niederlage beizufügen, ohne damit eine Reaktion Moskaus befürchten zu müssen. In einer Zeit der Unsicherheit und auf der Suche nach einer neuen Rolle war der Golfkrieg für die US-Regierung eine willkommene Krise.

«What we say goes»

«Unter den Nationen der Welt gibt es nur die USA, welche den moralischen Standard haben und die gleichzeitig über die Mittel verfügen, ihn auch durchzusetzen», so bekräftigte Präsident Bush nach der erfolgreichen Machtdemonstration am Golf die *Führungsrolle* seines Landes. Und vor Kriegsveteranen erklärte Bush: «Die USA haben eine neue Glaubwürdigkeit gewonnen. What we say goes.» Was dann eigentlich Washington über diese Slogans hinaus konkret zu sagen hat, wie es wirklich weitergehen und wie eine «neue Weltordnung» aussehen soll, darüber gibt es wenig präzise Aussagen.

Um so mehr bemühen sich Kommentatoren und einflussreiche Lobby-Gruppen um das Thema der «neuen Weltordnung». Eine der Bush-Administration nahestehende Meinung vertritt der neokonservative Charles Krauthammer in der einflussreichen Zeitschrift «Foreign Affairs»: Nach dem Ende der drei grossen Kriege dieses Jahrhunderts (die zwei Weltkriege und der Kalte Krieg) trachtet ein ideologisch befriedeter Norden nach Sicherheit und Ordnung, indem er sich hinter der Aussenpolitik der USA vereinigt.» Die Welt habe in Wirklichkeit nur noch ein Machtzentrum, und die USA sollten keine Hemmungen haben, die Spielregeln in eigener Regie festzulegen und durchzusetzen. Die *Alternative zur US-Hegemonie* wäre *Chaos,* provoziert von gut bewaffneten Staaten der Dritten Welt.

Die Debatte dreht sich vor allem um die Frage, wie dann Macht in der Welt nach dem Kalten Krieg zu definieren sei. Eine Denkschule legt die Priorität auf die geoökonomisch begründete Markt-Macht, welche die USA zu einer verstärkten Konkurrenzfähigkeit mit Japan und Deutschland zwingen würde. Eine andere Richtung sieht die Macht der USA geostrategisch begründet. Militärmacht sei die Voraussetzung zur Kontrolle der Rohstoffe (Öl) und Märkte. Präsident Bush, so glaubt der amerikanische Strategieexperte Michael Klare, habe sich mit dem Golfkrieg für das geostrategische Lager entschieden. Im Unterschied zur Markt-Macht verfügten die USA im *«Sicherheits-Markt»* heute nach dem Verschwinden der sowjetischen Gefahr über eine *Monopolstellung*. Japan und Deutschland seien gezwungen, sich zum Schutz der Rohstoffe und Märkte an die USA anzulehnen, genauso wie sie im Kalten Krieg auf den Nuklearschirm der USA angewiesen gewesen seien. Japan und Deutschland seien deshalb daran interessiert, die amerikanische Rüstung weiterhin mitzufinanzieren.

Eine «Schein-Grossmachtpolitik»

Der rasche und leichte Sieg am Golf habe Washington in seiner Illusion bestärkt, die USA könnten noch über Generationen hin-

aus die Nummer eins bleiben, argumentiert der Historiker Paul Kennedy. Neben militärischer Macht müsse eine intakte Weltmacht aber auch über eine blühende Wirtschaft verfügen, eingebettet in einem gesunden sozialen Klima. Und hier sei *Amerika verwundbar* geworden. Der Sieg der US-Militärtechnologie überdecke diese Schwächen. Die Rüstung werde weiter gefördert auf Kosten der zivilen Technologie, die Friedensdividende zur Sanierung der darniederliegenden Infrastruktur und des Bildungswesens werde nicht realisiert. «Amerika betrieb eine Schein-Grossmachtpolitik, weil das Ungleichgewicht zwischen den politisch-militärischen Verpflichtungen in der Welt und den eigenen wirtschaftlichen Mitteln sowie einer glaubwürdigen Ordnung zu Hause immer grösser wird», meint Kennedy.

Eben dieses Auseinanderklaffen von Mitteln und Zielen, die Gefahr einer «imperialen Überdehnung», hatte eine Gruppe prominenter Konservativer, darunter ehemalige Verteidigungsminister und Generalstabschefs, dazu bewogen, von einer militärischen Lösung des Golfkonflikts abzuraten. Die Administration Bush entschied aber anders. Nach dem Verschwinden der Gefahr aus dem Osten macht Washington den Fortbestand der USA als Grossmacht davon abhängig, feindliche Mächte im Süden besiegen zu können. Die US-Regierung hat dafür den Begriff *«Weapon States»* geprägt: Das sind relativ kleine Staaten an der Peripherie, die aber bald über Massenvernichtungswaffen verfügen und nach Ansicht Washingtons in der Lage wären, nicht nur die regionale, sondern auch die globale Sicherheit zu bedrohen. «Wo immer die USA auf viel schwächere Feinde treffen, ist es unsere Aufgabe, diese nicht einfach zu besiegen, sondern sie schnell und entscheidend zu besiegen», heisst es in einem von der «New York Times» publizierten geheimen Strategiepapier des Weissen Haues aus dem Jahre 1989. Diese «viel schwächeren Feinde» in der südlichen Hemisphäre sind keine Gefahr für die USA, sie stellen aber in den Augen Washingtons Amerikas Glaubwürdigkeit in seiner neuen Rolle als *Weltpolizist* in Frage.

Mit dieser Glaubwürdigkeits-Doktrin setzt sich Washington unter Zugzwang, in jeder Ecke der Welt intervenieren zu müssen, wo immer «schwächere Feinde» angeblich Amerikas Glaubwürdigkeit in Frage stellen. Konservative Kritiker wie der ehemalige Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski befürchten, die US-Regierung verliere mit einer solch ausufernden Politik die Möglichkeit, Prioritäten zu setzen und sich auf jene entscheidenden Regionen zu konzentrieren, Europa und die Sowjetunion, wo nun tatsächlich Weichen für eine kommende Weltordnung gestellt würden und wo die USA eine wichtige Rolle übernehmen müssten.

Am Golf werde der *«American way of life»* verteidigt, erklärte Bush. Was heisst das aber konkret? 250 Millionen Amerikaner, fünf Prozent der Weltbevölkerung, beanspruchen ein Viertel der gesamten, rund um den Globus verbrauchten Energie. Nordamerika und Westeuropa stellen 11,6 Prozent der Weltbevölkerung, verbrauchen aber 42,5 Prozent der Weltenergie, namentlich Erdöl, um dessen gesicherten und billigen Nachschub der Golfkrieg vornehmlich ausgefochten worden ist. Was aber am Golf im Namen der «neuen Weltordnung» militärisch verteidigt worden ist, die Energieverschwendung des Westens, ist selber eine Bedrohung der künftigen Weltordnung geworden. Die mit dem Energieverbrauch verbundenen Emissionen von Kohlendioxid verändern das Klima. Aber diese Bedrohung der weltweiten Klima-Ordnung wird von Washington systematisch heruntergespielt. Anstatt im Kampf gegen diese echte Gefahr die Führungsrolle zu übernehmen, legt die US-Regierung «die Hände in den Schoss wie ein ratloser Riese» (Time-Magazin).

Der westliche Lebensstil als Sackgasse

Wenn alle Länder und Gesellschaften das Versorgungsniveau der USA und Westeuropas erreichen wollten, hätte das den beschleunigten *Kollaps des Welt-Ökosystems* zur Folge, was auch den Lebensstandard in den reichen Ländern gefährden würde. Der «western style of life» führt in eine Sackgasse, denn er ist nicht für die ganze Welt anwendbar. Es müsste zu einer globalen Umverteilung kommen. Aber eine solch radikale Veränderung ist nach dem «Sieg des Kapitalismus» noch unrealistischer geworden. «Das Ende der kommunistischen Herausforderung und der Triumph am Golf haben in

den USA die Voreingenommenheit noch bestärkt, die meint, was gut sei für die USA, sei auch gut für die Welt», meint der amerikanische Kommunikationsforscher William Dorman. «Das ist ein Konsens, der unsere ganze Kultur durchzieht. Es handelt sich dabei um eine Ideologie im eigentlichen Sinn des Wortes, die aber in weiten Teilen der Bevölkerung nicht als Voreingenommenheit, sondern als Wahrheit schlechthin erscheint.»

Die «neue Weltordnung» ist also nichts anderes als die *Verteidigung des Status quo,* in dem sich der «befriedete Norden» in der Festung «zivilisierte Welt» verschanzt gegen den Ansturm der «unzivilisierten Horden aus dem Süden». Diese «Weltordnung» bildet aber genau das Umfeld, das ein Entstehen der «Weapon States» provoziert und Despoten wie Saddam Hussein in den Augen der «haves not» legitimiert.

Roman Berger

Die «neue Weltordnung» – auch die «sogenannte»: ein ungeheuerlicher Begriff

Die Welt

Die Welt, neu oder nicht, existiert. Doch liegen zwischen derjenigen meiner Freundin in Indien und der meinigen in Zürich Welten. Wir hatten und haben eine Erste, Zweite, Dritte, gar Vierte Welt. Die Einteilung ist, vor allem in der Ersten Welt, wo wir uns wähnen, fast zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Zweite Welt ist kürzlich aus der Ordnung gefallen. Gehören die Menschen dort nun zur Ersten oder zur sogenannten Dritten Welt? Wir, damit meine ich uns in der Schweiz, die wir in Organisationen arbeiten, eben weil es die Dritte Welt gibt, nennen sie heute meist die «sogenannte», weil wir versuchen, sie einzuordnen, und es uns dabei nicht wohl ist.

In den letzten Jahren traf ich in *Indien* viele Gruppen von HandwerkerInnen, welche Produkte herstellen, die durch *OS3 (Organisation Schweiz-Dritte Welt)* importiert und in – heisst es nun Drittwelt- oder Weltläden? – verkauft werden. Oft wurde ich gefragt, was dieses «O» und «S» und «3» bedeute. «3» steht in der Schweiz klar für Dritte Welt. Ich hab's kein einziges Mal fertiggebracht, dies den Näherinnen, den Lederarbeiterinnen, den Steinhauern und den Webern zu sagen. Sich durchmogeln: «3» stehe für Afrika, Asien und Lateinamerika.

Soviel zur «Welt».

Die Welt-Ordnung

Wie ordne ich Ordnung ein? Es gibt welche, die glauben, die anderen hätten eine Sauordnung, weitere sind für Ruhe und Ordnung, und viele denken, sie lebten in geordneten Verhältnissen. Sagen Lehrkräfte und Pflegerinnen von den von ihnen Betreuten, es gehe «ganz ordentlich», ist meist etwas nicht ganz in Ordnung. Die US-definierte Weltordnung glaubt zu wissen, was gut und böse ist, teilt ein, demonstriert dies militärisch und marktwirtschaftlich. Wie im Märchen, wo die Guten ins Töpfchen gehören und die Schlechten ins..., also gefressen werden. Regierungen oder einzelne Bevölkerungsschichten im Süden, welche – sei's aus Verzweiflung oder Belohnungssucht – «gut» sein wollen, können erleben, dass sie, statt es sich im ordentlichen Töpfchen wohl sein zu lassen, ins Fettnäpfchen getreten sind und ihnen dort tüchtig eingeheizt wird.

Und eine Welt-Ordnung der Gerechtigkeit? Eine von den nach neuen Wegen Suchenden, den solidarisch Bewegten definierte «andere» NWO? Gerechtigkeit – selbstverständlich. Für alle. Deckung der Grundbedürfnisse, Achtung der Menschenrechte, Selbstbestimmung für jede und jeden, demokratische Strukturen auf Makro- und Mikroebene. Aber erhebt eine Weltordnung der Gerechtigkeit nicht auch den Anspruch, die richtige zu sein? *Eine* Welt-